

Frankfurter Aufruf zum Bürger*innenasyl

Seit langem ist zu beobachten, dass Herkunftsländer von nach Deutschland geflüchteten Menschen aus politischem Kalkül heraus als ‚sicher‘ erklärt und Abschiebungen dorthin durchgeführt werden. Seit Dezember 2016 finden Sammelabschiebungen nach Afghanistan per Charterflug statt, Abschiebungen nach Syrien werden bereits diskutiert. Mit weniger medialer Aufmerksamkeit, aber der gleichen Härte werden Abschiebungen nach den Dublin-Abkommen, in die Balkanländer und andere sogenannte „sichere Drittstaaten“ durchgesetzt.

Abschiebungen treffen Menschen, die in ihrer Heimat oder auf der Flucht Schreckliches erlebt haben, häufig traumatisiert und daher besonders schutzbedürftig sind, und schüren die Verunsicherung unter den Geflüchteten. Die Verzweiflung und Angst vor der drohenden Abschiebung treibt viele Geflüchtete zur überhasteten Rückkehr, einige sogar in den Suizid.

Die Abschiebep Praxis bedient sich einer Rhetorik, die Geflüchtete stigmatisiert und kriminalisiert und Ängste und Ressentiments schürt. Es wird versucht, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem Sammelabschiebungen von Schutzsuchenden Menschen in Krieg, Not, Elend und Lebensgefahr normalisiert und politisch durchsetzbar sind.

Bundesweit finden sich immer mehr Initiativen zusammen, die Bürger*innenasyl gewähren wollen. Angelehnt an das Kirchenasyl bedeutet Bürger*innenasyl, Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, zu sich nach Hause einzuladen und ihnen damit die Möglichkeit zu bieten, sich vor dem Zugriff der Abschiebemaschinerie zu schützen.

Bürger*innenasyl will der Abschiebepolitik praktisch entgegen treten und darüber hinaus auch ein deutliches politisches Zeichen des Widerspruchs setzen. Die Abschiebepolitik der Bundesregierung macht praktische Solidarität und zivilen Ungehorsam notwendig!

Wir Unterzeichnenden rufen dazu auf:

- sich Abschiebungen aktiv entgegenzustellen
- mit Engagement, Geld, Wohnung oder Zeit Bürger*innenasyl für Geflüchtete zu unterstützen
- von Abschiebung bedrohte Menschen notfalls durch ein Bürger*innenasyl zu schützen
- sich zivilgesellschaftlich an die Seite all jener zu stellen, die von Abschiebung bedrohte Menschen unterstützen und Schutz gewähren, wie zum Beispiel das Kirchenasyl vieler Kirchengemeinden.

Die Stadt Frankfurt am Main fordern wir dazu auf, sich in keiner Weise an Abschiebungen zu beteiligen.

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich einverstanden, dass meine Angaben und Daten gemeinsam mit dem Aufruf im Internet sowie in Printmedien veröffentlicht werden dürfen.*

Vorname und Name	Wohnort	Beruf, Organisation oder andere Selbstbezeichnung (freiwillige Angabe)	Unterschrift

